



Militär- und Jagdzeitung

Enztalbote Wildbader Zeitung

Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Er erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,40 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei in Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Biberle & Co., Wildbad; Borsheimer Gemeindefond Filiale Wildbad. — Postfachkonto 261 in Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Besten Grundpreis 10 Pf., außerhalb 20 Pf. — Nebenzeile 50 Pf. — Nacht nach Kant. Für Offerten und bei Ausnahmefällen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Inhalt der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkretenfällen oder wenn gezielte Beilage notwendig wird, fällt jede Nachbegründung weg. — Druck: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 96, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Politische Wochenrundschau

Die abgelaufene Woche war trotz des Burgfriedens reich an Ereignissen von hoher politischer Bedeutung. Zunächst hat der Reichsrat, allerdings nach einigen Kämpfen, doch die nötige Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Amnestiegesetzes aufgebracht, und der Reichspräsident hat das neue Gesetz, das vom Reichstag mit großer Mehrheit beschlossen worden war, noch am selben Tage, am Dienstag unterzeichnet. Damit gehen etwa 15 000 Personen, die im Verlauf der politisch so überaus unruhigen Sommermonate wegen mehr oder minder schwerer politischer Vergehen verurteilt worden waren, straffrei aus, und einige tausend Strafverfahren, die noch schweben, werden niedergeschlagen. Im Zusammenhang mit dieser Amnestie hat dann der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung am 19. Dezember die Notverordnung zur Erhaltung des inneren Friedens erlassen, durch die vor allem die Sondergerichte und weiterhin strafverschärfende Bestimmungen vom 14. Juni und 4. September d. J. aufgehoben werden. Die Notverordnung ist damit begründet, daß sichtlich eine politische Beruhigung eingetreten sei. Es wird in den Erläuterungen hinzugefügt, daß, wenn politische Ausschreitungen nach Ablauf des Burgfriedens wieder um sich greifen sollten, nicht gezögert werde, gegen dieselben auch mit noch schärferen Maßnahmen eingeschritten werde, als die aufgehobenen Bestimmungen sie enthielten. So sehr es zu wünschen ist, daß die strengen Strafen, wie sie die Sondergerichte vielfach verhängen mußten, nicht mehr nötig seien, so beschleicht einen doch der Zweifel, ob die politische Beruhigung tatsächlich vorhanden ist. Die süddeutschen Regierungen haben sich daher veranlaßt gesehen, dem weitgehenden Amnestiegesetz ihre Zustimmung zu versagen, und der württembergische Justizminister Dr. Beyerle sowie Staatspräsident Dr. Holz haben es sogar auf einen scharfen Zusammenstoß mit der aus Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Landtagsmehrheit ankommen lassen, der dazu führte, daß von dieser Mehrheit sogar ein Mißtrauensantrag gegen die Staatsregierung angenommen wurde. Praktische Bedeutung hat dieser Beschluß allerdings nicht, da die württembergische Regierung bekanntlich zur Zeit eine „geschäftsführende“ und von Landtagsbeschlüssen daher nicht abhängig ist.

Wäre das Amnestiegesetz im Reichsrat durchgefallen, so hätte sich allerdings eine sehr schwierige innerpolitische Lage ergeben. Die Reichstagsmehrheit, die sich ebenfalls aus den drei genannten Parteien zusammensetzt, war nämlich entschlossen, durch den Verzicht auf die sofortige Einberufung des Reichstags gegen den Willen der Regierung durchzugehen. In diesem Fall wäre es unvermeidlich zu einer Explosion gekommen, die die Regierung mit der Auflösung des Reichstags zu beantworten entschlossen war. Dies ist glücklicherweise nun vermieden, und der Reichstag wird kaum vor Mitte Januar wieder zusammentreten. Die Regierung hat damit zwar vier Wochen Zeit gewonnen, aber was dann sein wird, ist noch unklar. Reichskanzler von Schleicher will offensichtlich der nationalsozialistischen Partei immer noch die Tür zur Mitarbeit in der Regierung offen halten. Adolf Hitler dagegen scheint auf seinen bisherigen Anspruch auf die volle Macht, also auch auf den Reichskanzlerposten, nicht verzichten zu wollen, und er hat dies in verschiedenen Reden in den letzten Tagen deutlich ausgesprochen. Wenn trotzdem die NSDAP, nachdem die Amnestie gesichert war, für die Vertagung des Reichstags eintritt, so wird dies von ihrer Seite damit erklärt, daß sie für die Wiederherstellung der Ordnung in ihren eigenen Reihen, die durch den Fall Strasser usw. gestört worden ist, zunächst Zeit gewinnen wolle, um dann den Kampf um so schärfer zu führen. Danach würde im Januar wieder eine sehr bewegte Zeit zu erwarten sein, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag dann tatsächlich aufgelöst wird.

Die außerordentliche Völkerbundversammlung heißt noch immer an dem Granit des japanisch-chinesischen Streits herum. Man hat schließlich einen Neunzweihunderterschuß eingeseht, der Vermittlungsvorschläge machen sollte. Diese Vorschläge haben aber, wie sich voraussehen ließ, weder bei Japan noch bei China Anklang gefunden, denn der Vorschlag der Einsetzung eines „Vermittlungsausschusses“ bedeutet nur soviel, daß der Völkerbund sich in der Sache nicht wohl fühlt und sie von sich abschütteln möchte. Praktisch ist es unmöglich, daß eine dünne japanische Herrenschicht die 30 Millionen Chinesen, die in der Mandchurei wohnen, auffangen könnte, und eine japanische Kolonialmacht ist in der Mandchurei unmöglich, da der Japaner mit den weit anspruchsvolleren Chinesen den Wettbewerb nicht aushält. Will Japan aber wirtschaftlich in der Mandchurei vorwärtskommen, so ist dies nur denkbar, wenn die beiden Völker sich selbst auf irgend einer Grundlag verständigen, ohne daß der Völkerbund oder andere Mächte sich unmittelbar einmischen. Könnte eine solche Verständigung erreicht werden unter der Voraussetzung, daß Japan auf seine kriegs-

Tagespiegel

Die Rundfunkrede des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerete am Freitagabend bestätigte die bereits veröffentlichten Mitteilungen über das neue Programm.

Der Hamburger Senat hat für das Jahr 1933 Bürgermeister Dr. Karl Petersen (Dem.) zum Ersten Bürgermeister und Bürgermeister Rudolf Rof (Soz.) zum zweiten Bürgermeister gewählt. Aus dieser Wiederwahl der beiden Herren in ihre Ämter geht hervor, daß der Senat sich entschlossen hat, an der in den letzten Jahren üblichen zweijährigen Periode für den Wechsel in den Bürgermeisterämtern festzuhalten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gegen die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Scheer Beschwerde beim Reichsinnenministerium eingelegt.

Gewerkschaften haben laut „Vorwärts“ beim Reichskanzler gegen den vorgesehenen Beimischungszwang von Inlandbutter und Schmalz zur Margarineherstellung Einspruch erhoben.

In Bayern handelt es sich nur um etwa 50 Fälle, bei denen das Reichsammnestgesetz in Anwendung zu bringen ist. Die Haftentlassungen fanden fast durchweg vor Weihnachten statt.

Der estländische Staatsgerichtshof hat die Klage der deutschen Domburggemeinde wegen Raubs des deutschen Doms durch den estländischen Staat abgewiesen.

Die Erdarbeiten der letzten Woche, die ja fast ein Viertel aller Menschen der Erde umfaßt, sich wieder langsam in die Weltwirtschaft einordnen und zu einem der wichtigsten Faktoren für die Ueberwindung der Weltkrise werden.

Zu erwähnen ist noch eine Großtat der deutschen Technik. Auf der Strecke Berlin-Hamburg führte der neue Schnelltriebwagen der Reichsbahn seine erste Fahrt aus. Die 286,8 Km. lange Strecke wurde in 142 Minuten durchfahren. Dieses Verkehrsmittel stellt also den schnellsten Zug der Welt dar, und es ist wieder einmal für Deutschland ein „Weltrekord“ erreicht. Der für 100 Reisende eingerichtete, nur zweite Klasse führende Doppelwagen wird für gewöhnlich mit einer Geschwindigkeit von 150 Km. in der Stunde fahren. Bei voller Ausnutzung seiner Maximalgeschwindigkeit ließe sich aber eine Geschwindigkeit von 175 Km. erreichen.

In Frankreich hat die Angelegenheit der Schuldzahlung an Amerika ein Opfer gefordert: Das Kabinett Herriot, das unter gewissen Voraussetzungen die beabsichtigte Devisenkontrolle zu bezahlen bereit war, ist von der Abgeordnetenkammer mit großer Mehrheit gestürzt worden. Das neue Kabinett ist von dem bisherigen Kriegsminister Paul Boncour gebildet worden; Herriot lehnte es ab, dem Kabinett beizutreten. Die französische Wärrter selbst nennen aber die neue Regierung ein Kabinett Herriot ohne Herriot. Wir Deutsche haben von dem neuen Kabinett, dem übrigens keine lange Lebensdauer prophezeit wird, jedenfalls nichts Gutes zu erwarten. Boncour ist derjenige, der durch seinen sogenannten „konstruktiven Plan“ Deutschland einen neuen Stoß zu verfehen suchte. Durch die Einführung der Witz sollte in Deutschland nach seiner Absicht an Stelle der Reichswehr ein Heer geschaffen werden, das allen parteipolitischen Einflüssen zugänglich sei und der bisherigen Disziplin beraubt werden sollte. Mit seinen Sicherheitsforderungen sollte ferner der bisherige durch den Versaillesvertrag geschaffene Zustand berichtigt werden. Boncour bezweckte also eine weitere Fesselung der im Krieg unterlegenen Staaten, namentlich Deutschlands, dem die eben errungene Gleichberechtigung gleichzeitig bestritten werden sollte. In einer halbamtlichen Erklärung der französischen Hohe-Agentur wurde dies ganz offen ausgesprochen. Die Reichsregierung sah sich daher veranlaßt, diesen heimtückischen Versuch kräftig zurückzuweisen. Es hat sich aber damit die Befürchtung bestätigt, die wir schon einmal ausgesprochen haben, daß nämlich Frankreich kein Mittel unversucht lassen werde, um die deutsche „Gleichberechtigung“ wertlos zu machen. Sache der Reichsregierung wird es nun sein, solchen Versuchen, namentlich auch auf der Abrüstungskonferenz, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und im äußersten Fall sich von der Gesellschaft wieder ganz zurückzuziehen.

Der Umfang der Winterhilfe

Berlin, 23. Dez. Ueber den Umfang der diesjährigen Winterhilfe wird amtlich ergänzend mitgeteilt, daß in diesem Jahr 7 Millionen Personen von der Winterhilfe betreut werden. Im vergangenen Jahr belief sich deren Zahl auf 4,5 Millionen. Während im vorigen Jahr für die

Die französische Abgeordnetenkammer hat dem Kabinett Paul-Boncour nach der Regierungserklärung mit 379 gegen 166 Stimmen bei 61 Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen. Die Erklärung hielt sich durchaus in den Bahnen der Politik Herriots: Aufrechterhaltung des Versailler Diktats, verstärkte „Sicherheit“ für Frankreich und Ablehnung der praktischen Gleichberechtigung Deutschlands.

Die belgische Kammer hat der neuen Regierung Brocqueville mit 100 gegen 80 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die englische Regierung hat das Angebot des Dominions Neuseelands, trotz der Schuldaufhebung im Laufener Abkommen, die Kriegsschuldenrate Neuseelands an England zu zahlen, nicht angenommen. Es bleibe dabei, daß die Kriegsschulden der Dominions an England aufgehoben seien.

Das spanische Abgeordnetenhhaus hat den Gesetzentwurf angenommen, durch den die Heeresstärke für Spanien, die Kanarischen Inseln und die afrikanischen Besitzungen für das Jahr 1933 auf 145 000 Mann festgesetzt wird.

Roosevelt veröffentlicht eine Erklärung, er sei ervannt, daß Hoover mitgeteilt habe, er (Roosevelt) wolle nicht mit ihm in Auslandsfragen bis zum 4. März zusammenarbeiten. Er habe vielmehr Hoover dieses Angebot gemacht.

Am 22. Dezember fand in Tokio die Gründung einer neuen Partei „Nationale Liga“ mit faschistischen Bestrebungen statt. Gründer und Vorsitzender ist der frühere Innenminister Kenjo Matschi. 33 Abgeordnete und viele Offiziere sind der Partei beigetreten.

Fleischverbilligung 17 Millionen und für Kohlenverbilligung 6,5 Millionen eingesetzt waren, ist in diesem Jahr diese Summe, wie gemeldet, mit 35 Millionen in Ansatz gebracht worden.

Das Programm 1932 für die Arbeitsbeschaffung, das im kommenden Frühjahr sein Ende findet, steht vor: 1. 250 Millionen für Hausreparaturen, wovon 50 Millionen als Zuschüsse bereits verteilt worden sind; 2. 100 Millionen für ländliche Siedlung; 3. 300 Millionen Reichsbahn-aufträge, die zum größten Teil vergeben sind; 4. 60 Millionen Reichspostaufträge; 5. 210 Millionen für Straßenarbeiten, Kanalbauten, Planierungen und dergleichen, zusammen 920 Millionen Mark.

Das Programm 1933 soll von dem neuen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen werden. Anscheinend handelt es sich bei den angekündigten weiteren 500 Millionen, über deren Ausbringung eine Einigung erzielt wurde, teils um eine Ergänzung des Programms 1932, teils um neue Vorhaben, dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Arbeitslosen vom 15. Dezember 1932 diejenige des Vorjahrs fast um 150 000 übersteigt. Dies scheint darauf hinzuweisen, daß die Privatwirtschaft von den Hilfen des Papen-Programms (Steuergutschen, Einstellungsprämien) bis jetzt nur in unerwartet geringem Umfang Gebrauch gemacht hat.

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten dürfte sich an dem neuen Programm Geretes mit etwa 300 Millionen beteiligen.

Weitere Entlastung der Siedler

Berlin, 23. Dez. Im Anschluß an die Senkung der Jahresleistungen der Siedler auf landwirtschaftlichen Siedlungen für die nächsten zwei Jahre wird der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Ministerien des Reichs und Preußens sofortige Maßnahmen in die Wege leiten, um die durch die besonderen Einwirkungen der landwirtschaftlichen Krise auf die Siedler entstandenen Rückstände bei den Siedlern in angemessener Weise zu ordnen. Die Siedlungsbank wird ermächtigt werden, zunächst einmal bis zur Durchführung der Regelung die in Betracht kommenden Rückstände zu stunden. Die Regelung der Rückstände erfaßt alle Arten von Siedlern, denen die Senkung der Jahresleistungen zugute kommt. Die Deutsche Siedlungsbank wird im engsten Einvernehmen mit der Preussischen Landesrentenbank vorgehen. Zur Durchführung der Maßnahmen werden aus den Siedlungsbehörden der Länder geeignete Kräfte zur Verfügung gestellt, die mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut sind.

Neue Nachrichten

Empfänge beim Reichspräsidenten

Berlin, 23. Dez. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler v. Schleicher zum Vortrag, ferner den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerete, zum Bericht über die bisher geplanten Maßnahmen des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms.



Das Kündigungsschutzgesetz

Berlin, 23. Dez. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats sagt in einem Gutachten über das Kündigungsschutzgesetz vom 9. Juli 1928 in der Zeit der Wirtschaftskrise: Das Gesetz habe die Aufgabe, den älteren Angestellten eine längere Frist zum Auffuchen einer neuen Stellung zu gewähren und den Arbeitsmarkt der Angestellten vor plötzlichen Belastungen zu schützen. Diese Aufgabe habe das Gesetz in den Grenzen, in denen es gehalten sei, erfüllt. Es sei jedoch zu schematisch, als daß es sich in der außerordentlichen Verschiedenheit der von ihm getroffenen Tatbestände voll hätte bewähren können. Der Ausschuss trage Bedenken, für das Gesetz Änderungen vorzuschlagen.

Vor der Rückkehr Strafers

München, 23. Dez. Gregor Strafer wird erst am Samstag aus Italien wieder in München eintreffen. Es wird als möglich bezeichnet, daß er dann an den Weihnachtstagen, die Hitler wieder in Verhiesstagen verbringen dürfte, oder unmittelbar danach eine Aussprache mit Hitler haben wird.

Schwere Ausschreitungen im Wuppertal

Wuppertal (Barmen-Elberfeld), 23. Dez. Gestern abend fanden, wie der Polizeibericht meldet, in Elberfeld vorbereitete Kundgebungen der Kommunisten statt, die bis Freitag früh andauerten und von schweren Ausschreitungen begleitet waren. In mehreren Straßen wurden die Laternen durch Steinwürfe zertrümmert, das Straßenpflaster aufgerissen, Schaufenster eingeworfen und die Läden geplündert. Zwei Polizeibeamte wurden schwer verletzt. Bei einem heftigen Zusammenstoß auf dem Marktplatz mißte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machen. Drei Personen wurden verletzt, jedoch nicht lebensgefährlich.

Anschlag gegen den Breslauer Universitätsrektor

Breslau, 23. Dez. Am Donnerstag gegen 10 Uhr abends wurde in die in der Dahnstraße im Hochgericht gelegene Wohnung des Rektors der Universität, Professor Brodekmann, eine Flasche mit überkochender Flüssigkeit geworfen, und zwar in das erleuchtete Wohnzimmer, in dem sich Brodekmann mit seiner Familie aufhielt. Zwei Fenster Scheiben wurden zertrümmert. Verletzt wurde niemand. Um eine sofortige Verfolgung zu verhindern, hatten der oder die Täter die Gartentür mit einem Kupferdraht festgebunden.

Zuchthausstrafen für Sprengstoffdiebe

Leipzig, 23. Dez. Das Reichsgericht verurteilte drei Kommunisten, die am Pfingstsonntag d. J. aus einem am Rheinabhang bei Koblenz gelegenen Tonbauhollen 132 Sprengpatronen, 78 Sprengkapseln und 50 Meter Zündschnur entwendet hatten, zu Zuchthausstrafen von 1 1/2 bis zu 3 Jahren.

Die Antwort Paraguays und Boliviens

Genf, 23. Dez. Die Regierungen von Paraguay und Bolivien haben auf den Ratsbeschluss vom 17. Dezember geantwortet. Die paraguayische Regierung sagt, das in seiner Existenz bedrohte Paraguay besitze vor Niederlegung der Waffen das Recht, Bedingungen zur Garantie seiner Sicherheit zu stellen. Der Vorschlag der neutralen Kommission in Washington erfülle diese Bedingungen nicht, da das bolivianische Heer im Besitz von drei Vierteln des Chacogebietes bleibe, während Paraguay es zu räumen hätte. Paraguay stimme der Einstellung der Feindseligkeiten nur zu unter der Bedingung der Räumung des Gran Chaco, der Abrüstung und einer Untersuchung über die Schuld am Krieg. — Die bolivianische Regierung erklärt, sie habe durch ihre früher erteilten Antworten im Grundsatz die Hauptpunkte des Vorschlags der neutralen Kommission angenommen. Die Schuld am Krieg falle auf Paraguay, das die neutralen Vorschläge ablehne, nachdem es, wie schon 1928, den Frieden in Südamerika gefährdet habe.

Gütliche Beilegung des Delistrits

London, 23. Dez. Wie aus Teheran gemeldet wird, glaubt man dort, daß ein Einschreiten des Völkerbunds in dem englisch-persischen Erdölstreit vermieden werden könne. Persien verlangt: 1. Erhöhung des persischen Gewinnanteils bei der Erdölgesellschaft auf 24 v. H.; 2. Aufnahme von Persern in die Leitung der Gesellschaft; 3. Zahlung der Einkommensteuer und der übrigen persischen Steuern durch die Gesellschaft. — Der persische Staatshaushalt, der 90 Millionen beträgt, hat durch die englische Wundentwertung einen harten Schlag erlitten; die englische Gesellschaft, an der bekanntlich der englische Staat wesentlich beteiligt ist, stellt sich aber auf den Standpunkt: Pfund ist Pfund.

Amerika tut vorläufig nichts in der Schuldenfrage

London, 23. Dez. Der Briefwechsel zwischen Hoover und Roosevelt in der Schuldenfrage ist veröffentlicht worden. Aus den Schriftstücken geht hervor, daß Roosevelt jede gemeinsame Verantwortung ablehnt, bevor er am 4. März sein Amt antrete; daher wolle er auch von der Einsetzung einer gemeinsamen Kommission nichts wissen. Die „Times“ folgert daraus, daß in der Schuldenfrage vor März überhaupt nichts mehr getan werde und daß demzufolge die auf 9. Januar anberaumte Londoner Weltwirtschaftskonferenz auf unbestimmte Zeit vertagt werden müsse.

Tagung des Eisenbahnrats Stuttgart

Am 17. Dezember hat bei der Reichsbahndirektion Stuttgart die 13. Tagung des Landesbahnrats stattgefunden. Bei der Eröffnung machte Präsident Dr. Siegel auch in diesem Jahr wieder auf die schlechte Finanz- und Wirtschaftslage der Reichsbahn aufmerksam. Die Deutsche Reichsbahn wird, wie das Ergebnis der Monate Januar—November 1932 schon mit Sicherheit erkennen läßt, mit einem Betriebssabmangel von etwa 450 Mill. Reichsmark abschließen. Die Bedenkllichkeit der Lage ergibt sich ohne weiteres daraus, daß die Betriebseinnahmen im Jahr 1932 fast auf die Hälfte des im Jahr 1929 erzielten Betrags von 5,3 Milliarden RM. gesunken sind. Was das für einen Betrieb bedeutet, der 600.000 Arbeiter und Beamte beschäftigt, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung.

Die Reichsbahndirektion Stuttgart war schon 1931 mit einer Betriebszahl von 105,84 passiv. Diese Zahl wird sich für 1932 weiter verschlechtern. Anzuerkennen ist, daß trotzdem die Hauptverwaltung und der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft die im Gang befindlichen Eisenbahnbauten unbeeinträchtigt weiter gefördert haben. Für den Fahrplan kommen infolge der geschäftlichen Lage weitere Zugleistungen leider nicht in Frage.

Ueber den Stand der Bauarbeiten im Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart machte Präsident Dr. Siegel folgende Mitteilungen: Das zweite Gleis Leonberg—Dillingen ist seit 30. September d. J. im Betrieb. Das neue Bahnhofgebäude in Dillingen ist am 21. November eröffnet worden. Auf der Strecke Jagstfeld—Osterburken der Nord—Süd-Linie Osterburken—Hattlingen sind die Teilstrecken Jagstfeld—Untergriesheim—Hattlingen—Reudenuh, Jütlingen, Mächmühl und Abelsheim-Ost und der Unterbau für die Strecken Untergriesheim—Reudenuh und Jütlingen—Mächmühl mit der Saastbrücke fertiggestellt. Im Jahr 1933 wird das zweite Gleis der Strecken Untergriesheim—Reudenuh und Jütlingen—Mächmühl in Betrieb und der Unterbau für die Strecke Reudenuh—Jütlingen in Angriff genommen werden. Im neuen Eutingen Bahnhof sind die Unterbauarbeiten für den Freudenstädter Anschlag fertiggestellt worden. Die Oberbauarbeiten werden bis zum nächsten Frühjahr fertig sein. Das neue Empfangsgebäude und daneben ein neues Posthaus sind im Rohbau fertig. Voraussichtlich wird der Betrieb auf dem neuen Bahnhof im Sommer n. J. eröffnet werden. Auf der Strecke Horb—Rottweil hat sich die Bauvorbereitung in diesem Jahr in der Hauptsache auf die Bahnhofserweiterung Rottweil erstreckt. Die Brim und der Redar werden auf 1 Km. südwärts verlegt, um für die neuen Gleisanlagen Platz zu gewinnen. Weiter wurde eine neue Wehranlage für das Stadt. Elektrizitätswerk erstellt. Die Brimverlegung ist vollendet. Die Redarbrücke oberhalb des Bahnhofs wird erheblich verbreitert. Für das zweite Gleis der Strecke Redarhausen—Sulz sind die Unterbauarbeiten begonnen worden. Au. der Baustraße Rottweil—Hattlingen ist das zweite Gleis zwischen Rottweil und Neufra am 30. September 1932 in Betrieb genommen worden. Die Strecke Neufra—Aldingen—Spaichingen wird voraussichtlich im nächsten Jahr in Angriff genommen. Auf dem neuen Bahnhof Tullingen sind die Gleise etwa zur Hälfte gelegt. Das neue Empfangsgebäude, das Güterverwaltungsgebäude und der Gütersuppen sind im Rohbau fertig. Der neue Bahnhof wird samt der zugehörigen Strecke Barmingen—Tullingen voraussichtlich im Herbst 1933 in Betrieb genommen werden. Auf der Neubaustrecke Tullingen—Hattlingen sind zwei Talbrücken bereits erstellt; die Unterbauarbeiten sind auf etwa 4,5 Km. fertig. Der Bahnhof Hattlingen ist von der Reichsbahndirektion Karlsruhe zur Aufnahme der neuen Gleise vorbereitet. Diese Arbeiten werden voraussichtlich im Frühjahr 1934 abgeschlossen. In Friedriehshafen ist der neue Ostgüterbahnhof und Rangierbahnhof zwischen Friedriehshafen und Löwenal am 6. November 1930 dem Betrieb übergeben worden. Der neue Hafenbahnhof ist seit 4. Juni 1932 in Betrieb. Das neue Empfangsgebäude im Hafenbahnhof soll am 6. März 1933 dem Verkehr übergeben werden.

Ueber den Stand der Elektrifizierung der Strecke Augsburg—Stuttgart—Ludwigsburg gab Präsident Dr. Siegel folgenden Überblick: Die Fertigstellung für die Übertragung der Hochspannung ist im bayerischen Abschnitt zu 46 Proz., im württembergischen zu 92 Proz. fertiggestellt. Im Lauf des Winters werden sämtliche Masten aufgestellt und die Leitungsleiter verlegt werden können. Vor der Eröffnung des Betriebs müssen noch die Masten angebracht werden; bis wann diese Arbeit durchgeführt sein wird, hängt von Wetter im März und April ab. In den beiden Unterwerken in Bötzingen und Neu-Ulm müssen nur noch die Innenarbeiten in den Bedienungsräumen und den Wohnungen geleistet werden, was bis Mitte April 1933 geschehen sein wird. Die meisten Masten der Fahrleitung sind aufgestellt, in Bayern 93 Proz., in Württemberg 87 Proz. Nach der Fertigstellung der Fahrleitungen werden noch einige Wochen benötigt, um die Schaltanrichtungen für sie auf den Masten, in den Stellwerken und den Fahrleitungsstellen zu montieren. Unter Spannung können die ganzen Anlagen erst gesetzt werden, wenn auch die Masten der Fahrleitungen ihren Anstrich haben und das Personal für den elektrischen Betrieb ausgebildet ist. Ehe der Betrieb für den öffentlichen Verkehr aufgenommen werden kann, ist noch eine Probezeit von einigen Wochen notwendig, um etwaige bei der Herstellung gemachte und unbemerkte gebliebene Fehler auszumergen, das Personal mit den Schaltanrichtungen auch für den Fall von Störungen vertraut zu machen und den Zugdienst vom Betrieb mit Dampflokomotiven auf den Betrieb mit elektrischen Lokomotiven allmählich überzuleiten. Die endgültigen Fristen für die Durchführung aller Arbeiten und die Aufnahme des elektrischen Betriebs können heute noch nicht mit Sicherheit angegeben werden. Wenn keine außerordentlichen Hindernisse eintreten, so wird voraussichtlich die Strecke Augsburg—Ulm am 15. April 1933 unter Spannung gesetzt sein. Mit Beginn des Sommerfahrplans am 15. Mai 1933 wird sodann im Personenverkehr der elektrische Betrieb von München bis Ulm aufgenommen werden. Im Güterverkehr wird bis sechs Wochen später, wenn der Rangierbahnhof in Ulm für den elektrischen Betrieb eingerichtet sein wird.

Die Vorortstrecken von Stuttgart nach Ludwigsburg und Ehlingen, aber ohne Stuttgart Hbf., werden voraussichtlich Anfang Stuttgart Hbf. Ende April 1933 unter Spannung gesetzt sein. Unter dieser Voraussetzung wird der elektrische Vorortverkehr am 15. Mai 1933 beginnen können. — Ursprünglich war für die Unterspannungsehung der Strecke Ulm—Stuttgart der 1. August 1933 in Aussicht genommen. Wegen der Vesteuerung der Arbeiten zur Ermöglichung der Vorverlegung dieser Frist auf Ende Mai hat sich die Reichsbahn mit den beteiligten Firmen ins Benehmen gesetzt. Wenn es gelingt, die Strecke am 1. Juni 1933 unter Spannung zu setzen, wird nach Abwicklung des Probebetriebs der elektrische Vollbetrieb Anfang Juli 1933, also noch vor dem Deutschen Luftfest, beginnen können. — Der am 15. Mai 1933 in Kraft getretene Fahrplan für die Strecke Stuttgart—Ulm—München ist bereits auf den elektrischen Betrieb aufgebaut. Für die Strecke Ulm—Stuttgart, auf der der elektrische Vollbetrieb auch im günstigsten Fall nicht schon am 15. Mai 1933 aufgenommen werden kann, wie unrichtigweise in einem Teil der Presse gemeldet worden ist, muß jedenfalls über den Sommerabschnitt des Jahresfahrplans 1933—34 der für Dampfzüge berechnete Fahrplan maßgebend sein. Ob dann für den Winterdienst ein neuer Fahrplan aufgestellt werden soll, in dem die nicht durch auswärtige Anlässe für die ganze Fahrplanperiode gebundenen Züge dem elektrischen Dienst angepaßt werden, muß späterer Ermäßung vorbehalten werden. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß der elektrische Betrieb für das ganze Personal etwas durchaus Neues ist und daß man sich deshalb auch auf dem Gebiet des Fahrplans nicht gleich zu weit vorwagen darf. Die Sicherheit des Betriebs ist das oberste Gebot.

An diese Darlegungen schlossen sich die Beratungen an, die sich in der Hauptsache auf den vom Ständigen Ausschuss des Landesbahnrats bereits am 28. November behandelten Jahresfahrplan 1933—34 bezogen. Bei der Behandlung der aus den Kreisen der Mitglieder gestellten Anträge wurde namentlich die von Direktor Kulle, Vorsitzender der Handelskammer Ravensburg, angeregte Frage der Wiedereinführung der allgemeinen verbilligten Rückfahrkarte erörtert, zu der sich die Reichsbahndirektion wegen des von ihr berechneten Einnahmefalles bis jetzt nicht hat entschließen können. Der Landesbahnrat stellte fest, daß er seine schon früher ausgesprochene Empfehlung der Wiedereinführung durchaus aufrechterhalte.

Württemberg

Stuttgart, 23. Dezember.

Verleihung der Rettungsmedaille. Der Staatspräsident hat dem Rechtsanwalt Hans Hettler in Friedriehshafen die Rettungsmedaille verliehen.

25 Jahre im Dienst der Kriminalpolizei. Heute sind es 25 Jahre, daß Kriminalpolizeirat Waizengger im Polizeidienst tätig ist. Er ist als 21-Jähriger bei der städt. Kriminalpolizei in Stuttgart eingetreten und hat sich rasch

emporgearbeitet, so daß er als damals schon bewährter Kriminal-Kommissar im Frühjahr 1914 bei Errichtung der Württ. Landespolizeidirektion in den Staatsdienst übernommen wurde.

Abgelehnter Ruf. Der Direktor der Württ. Hochschule für Musik, Professor Karl Wendling, hat einen Ruf als Lehrer für Geigenpiel an der staatlichen Hochschule für Musik in Berlin-Charlottenburg abgelehnt. — Professor Max Bauer, der von seiner Stelle als Direktor des Leipziger Konservatoriums für Musik zurückgetreten ist, beabsichtigt, im nächsten Frühjahr einen zweimonatigen Meisterkurs für Klavierspiel an der Hochschule für Musik zu veranstalten.

Klage der SPD. beim Staatsgerichtshof. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage gegen die württ. Staatsregierung auf Aufhebung des Artikel 4 der fünften württ. Notverordnung erhoben, durch den die allgemeine Einführung des 8. Volksschuljahres, deren restlose Durchführung bis 31. März 1933 gesetzlich bestimmt sei, „bis auf weiteres“ verschoben werden soll. Die Ermächtigung der Länder durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 24. August und 7. Oktober 1931 zur Herstellung des finanziellen Ausgleichs in den Ländern und Gemeinden könne den Artikel 45 der Reichsverfassung, der das achte Schuljahr vorschreibt, nicht unwirksam machen.

Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Der Württ. Handwerkskammertag hat in einer Eingabe an den Landtag vom 8. September d. J. u. a. die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer verlangt. Telegraphisch hat der Verband Württ. Gewerbevereine dringend gemahnt, diese Frage umgehend zu behandeln. Aus diesem Telegramm spricht eine gewisse Beunruhigung und Erregung der Kreise des gewerblichen Mittelstands wegen der verzögerten Behandlung. Die vorgenannte Eingabe ist geschäftsordnungsmäßig dem Steueraussschuß überwiesen worden. Der Ausschuss konnte im Hinblick auf die Geschäftslage des Landtags bis heute nicht tagen; er wird aber in der ersten Hälfte des Januar zusammenzutreten, um die Eingabe zu behandeln. Das Plenum des Landtags hat dann noch genügend Zeit, um einen Bescheidentwurf zu verabschieden, der dann die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer vorsieht.

Opfer am Erscheinungsfest. Am Erscheinungsfest denkt die evangelische Kirche der Heidenmission als einer Aufgabe, die nicht bloß schwere Opfer erfordert, sondern auch der Heimatkirche mancherlei Segen bringt. Die der Württ. Landeskirche besonders nahe stehende Basler Mission hat auch im vergangenen Jahr trotz mancher Einschränkung der Arbeit, wie sie durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse erzwungen ist, ihren Dienst tun dürfen; insbesondere ist auch in der ehemaligen deutschen Kolonie Kamerun die Zahl der Gemeindeglieder im Zunehmen begriffen und die Empfänglichkeit weiter Kreise für die evangelische Verkündigung festzustellen. Altem Herkommen gemäß empfiehlt der Evang. Oberkirchenrat, das Opfer an diesem Fest dem Missionswerk, insbesondere der Arbeit in Kamerun und der ärztlichen Mission zur Verfügung zu stellen.

Neuerwerbungen der Staatsgalerie. Die Sammlung neuerer Plastik der Staatsgalerie ist um ein wertvolles Geschenk des bekannten Sammlers und Förderers lebender Künstler, des Herrn Hugo Borst, bereichert worden. Es handelt sich um einen Mädchenkopf, natürlicher Größe, in Stadtelief (Kunststein gestampft), eine interessante Arbeit des begabten jungen Bildhauers Otto Baum (geb. Leonberg 1900), von dem die Staatsgalerie schon im vorigen Jahr einen Messingguß „Krauenbildnis“ erworben hat. Beide Werke sind im Kronprinzenpalais aufgestellt.

Öffnungszeiten der Krippenausstellung während der Feiertage. Die Krippenausstellung im Neuen Schloss, Eingang Portal unter der Krone, ist am 2. Weihnachtstagsfeiertag von 11—7 Uhr geöffnet. Am Samstag, den 31. Dezember, ist die Ausstellung nur von 10—12 Uhr geöffnet und am Neujahrstage geschlossen.

Die Akademie der bildenden Künste zählt im laufenden Winterhalbjahr 100 ordentliche Studierende (52 Maler, 13 Bildhauer, 35 Bewerber für das höhere Lehramt im Zeichen- und Kunstunterricht) und 12 Gäste. Von den ordentlichen Studierenden sind 65 Württemberger, 34 aus anderen deutschen Ländern und ein Auslandsdeutscher.

Schwere Verkehrsunfälle. Bei der Fahrt die Gutenbergstraße abwärts fuhr ein 53 Jahre alter Radfahrer gegen einen Straßenbahnwagen. Bei dem Aufprall zog er sich einen schweren Schädelbruch zu, an dessen Folgen er am 23. Dezember, vormittags, im Katharinenhospital starb. — Raachmittags, kurz vor 6 Uhr, geriet in der Böblinger St. ein Lieferkraftwagen infolge zu rascher Betätigung der Bremsen ins Schleudern und fuhr auf den Gehweg auf, wodurch ein Passant angefahren und erheblich verletzt wurde.

Stuttgart, 22. Dez. Die Parteibuchbeamten. In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses des Landtags wurde von den Personal-Referenten der verschiedenen Ministerien festgestellt, daß nur sehr wenige Beamte ohne Dienstprüfung angestellt sind. Die Rationalisierungsbeauftragten darauf, daß in der nächsten Sitzung die Referenten zur Auskunftserteilung über vier Beamte anwesend sein sollen.

Aus dem Lande

Höfingen O.M. Leonberg, 23. Dez. 90 Jahre. Heute begeht der älteste Höfinger Bürger, Christian Spieß, seinen 90. Geburtstag. Er verbrachte sein ganzes langes Leben in Höfingen. 40 Jahre gehörte er dem Gemeinderat an. Von 1890—1919 war er Gemeindepfleger und Ortssteuerbeamter.

Heilbronn 23. Dez. Die Amnestie. Beim Landesgefängnis hier werden, wie die Heilbronner Abendzeitung hört, auf Grund der Amnestie heute etwa 30 Strafgefangene zur Entlassung kommen. Wie hoch die Ziffer der Befreiungen in den durch Geldstrafen abgeschlossenen oder noch schwebenden Verfahren ist, läßt sich zunächst nicht sagen. Man darf aber annehmen, daß in Heilbronn etwa 10 v. H. aller Verfahren unter der Amnestiebestimmung fallen werden.

Waldbach O.M. Dohringen, 23. Dez. Lebensmüde. Die in den 30er Jahren stehende ledige Sophie Roth von hier hat sich am vorigen Samstag vom ertlichen Haus entfernt. Nach einer polizeilichen Meldung aus Heidelberg hat sie dort den Tod im Redar gesucht und gefunden.

Hall, 23. Dez. Die Umleitungsstraße wird gebaut. Bei der Stadtverwaltung traf die Nachricht ein, daß die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in Ver-